

5. Nach der Wahlkrise: Zwischenbilanz

Die Wahlkrise vom Juni 2009 und ihre Folgen müssen als vorläufiger Höhepunkt der dargestellten längerfristigen Entwicklungen in Irans politischer Elite und Zivilgesellschaft eingeschätzt werden. Bashiriyeh bezeichnet die Phase nach der Wahl als „*Erosion der Machtstrukturen*“ und konstatiert eine Destabilisierung des Systems in den Bereichen der Legitimation, der wirtschaftlichen und administrativen Effizienz sowie des Elitenzusammenhalts, die sich seit Mitte der 1990er Jahre allmählich intensiviert hat. Das Regime stützte sich nach Juni 2009 vor allem auf die Fähigkeit zur Androhung und Anwendung von Gewalt, was Bashiriyeh als Zeichen abnehmender Autorität wertet.¹ Unter Rückgriff auf den im Theorieteil erläuterten Ansatz von Merkel zur Untersuchung der Stabilität autoritärer Systeme lässt sich diese Phase als „*critical juncture*“ bezeichnen, in der zumindest zwei der drei Säulen des Regimes – Legitimation und Kooptation – ernsthaft geschwächt waren und dessen Fortbestand überwiegend auf Repression basierte.²

Ein wesentliches Element der Legitimationskrise liegt im Widerspruch zwischen den republikanischen und den religiös-autoritären Fundamenten politischer Herrschaft. Regelmäßig abgehaltene Wahlen boten der Bevölkerung eine Gelegenheit zu begrenzter Mitsprache, unterlagen aber den Kontrollmechanismen der klerikalen Führungsgremien. Als sich mit Verschärfung der fraktionellen Konflikte innerhalb der politischen Elite mit den Reformkräften konfliktbereite Akteure formierten, die tatsächliche Alternativen zu den bisherigen Machtverhältnissen in Aussicht stellten, nahmen die Eingriffe der strategischen Herrschaftsgruppen in Kandidatenzulassung, Wahlablauf und die Arbeit von Regierung und Parlament zu. Diese Aushöhlung gewählter Institutionen wurde durch die direkte Einmischung in die Wahlen vom Juni 2009 zugespitzt. Wahlen haben als Mittel der Legitimitätserzeu-

1 Bashiriyeh: Counter-Revolution; Bashiriyeh, Hossein: „Zerfallende Mythen der Islamischen Republik. Gespräch mit Yousef Alizadeh, Januar 2010“, in: Lettre International 88 (2010), S. 43-44.

2 Merkel/Gerschewski: Autokratien.

gung an Wert verloren und stellen fortan potentiell destabilisierende Momente dar. Ein Ausgleich dieses Legitimationsverlusts scheint nur über eine Erhöhung der ideologischen Bindungskraft des Regimes, verbesserte wirtschaftliche Performanz oder aber Repression möglich.³

Die ideologische Legitimationskrise des Systems reicht bis in die Rafsanjaniära zurück, in der die Diskrepanz zwischen den revolutionären Idealen und deren Bedeutung für politische Entscheidungen offensichtlicher wurde.⁴ Gesellschaftliche Entwicklungen förderten eine Modernisierung und Säkularisierung von sozialen Werten, so dass die Kluft zwischen der von Teilen der Gesellschaft gelebten Realität und dem offiziellen Diskurs wuchs. Die Frauenbewegung beispielsweise hat die Moralvorstellungen des Regimes im nur scheinbar privaten Bereich von Ehe und Familie sowohl auf rechtlicher als auch gesellschaftlicher Ebene herausgefordert. Die Reformintellektuellen hingegen brachten Werte wie Toleranz, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit in den öffentlichen Diskurs. Als Ergebnis dieser Entwicklungen verlieh die Grüne Bewegung dem bereits bestehenden Modernitätsstreben neuen Ausdruck. Sie wies die Restauration überkommener ideologischer Ansprüche durch die Ultrakonservativen zurück und unterwanderte mit ihren Protesten ritualisierte Anlässe der Regimepropaganda.⁵ Mit fortschreitender Erosion der ideologischen Bindekraft des Systems steigen auch die Chancen zur Formierung einer wirkungsvollen Gegenhegemonie.

Ein zusätzliches Element der Systemkrise liegt Bashiriyeh zufolge in der sinkenden Leistungsfähigkeit des Staats- und Verwaltungsapparats.⁶ Wirtschaftspolitische Fragen bilden einen zentralen Konfliktgegenstand zwischen den einzelnen Fraktionen der iranischen Elite. Der Erfolg der Liberalisierungspolitik der Regierungen Rafsanjani und Khatami wurde durch innerelitäre Konflikte, Missmanagement und Korruption in Frage gestellt. Daraus resultierende Frustrationen in der Bevölkerung konnte der Populist Ahmadinezhad mit seinen Versprechungen für mehr soziale Gerechtigkeit mobilisieren. Eine alimentierende Verteilungspolitik verschaffte seiner Regierung zwar kurzfristig Vorteile, steigerte aber Inflation und Arbeitslosigkeit. Westliche Sanktionen verschärfen die Wirtschaftskrise zusätzlich.

Mit Blick auf den hier dargestellten Entwicklungsweg strategischer und konfliktorientierter Gruppen wurden grundlegende Macht- und Verteilungskämpfe

3 Bashiriyeh: Counter-Revolution; Jahanbegloo: Two Sovereignties.

4 Chehabi: The Political, S. 67.

5 Selbst Gedenkfeiern am Grabmal Khomeinis endeten in Streitigkeiten zwischen Vertretern der politischen Elite. Sohrabi, Naghmeh: „Is Nothing Sacred in the Islamic Republic of Iran?“, Waltham, MA.: Middle East Brief. Crown Center for Middle Eastern Studies, Brandeis University 2010.

6 Bashiriyeh: Counter-Revolution.

deutlich, die speziell durch den Aufstieg der zweiten Generation politischer Akteure nach der Revolution geprägt sind. Unter diesen haben sich konkurrierende Vorstellungen zur zukünftigen Richtung der Islamischen Republik herausgebildet. Die konfliktorientierten Akteure der Reformbewegung streben eine Stärkung der republikanischen Elemente des Systems an und werden dabei vor allem von der modernen Mittelklasse unterstützt. Dem stellt sich eine reaktionäre Fraktion ultrakonservativer Politiker mit Rückhalt in Revolutionsgarden und Sicherheitsapparat entgegen, die eine Monopolisierung der Macht in einem autoritären Staat verfolgen. Der Wahlcoup 2009 zielte darauf ab, die dominante Stellung dieser Fraktion innerhalb des Regimes zu festigen, hat allerdings die Machtverhältnisse zunächst destabilisiert. Innerreligiöse Konflikte, die bislang über Konsensfindung hinter den Kulissen oder innerhalb der Institutionen geregelt werden konnten, brachen auf. Die Auseinandersetzungen um eine Neudefinierung der Machtverhältnisse wurden mitten unter die strategischen Gruppen verlagert. Traditionelle und moderate Konservative, altgediente Regimekader sowie Teile des Klerus stehen als „alte“ Elite der Islamischen Republik dem Aufstieg der Ultrakonservativen mit Sozialisierung im Militär- und Sicherheitsapparat entgegen: ein Interessenskonflikt zwischen Akteuren unterschiedlicher Generationen, ideologischer Prägung, Mentalität und sozialer Herkunft.

Auf Seiten der konfliktorientierten Gruppen in der Reform- und Demokratiebewegung hat die Wahlkrise die Entwicklung von kollektiver Identität und programmatischen Forderungen zunächst gefördert. Die Demonstrationen und Proteste des Sommers 2009 brachten viele Menschen dazu, ihre passive Ablehnung oder Duldung des Regimes, die sich zuvor nur in den von Bayat theoretisierten widerständigen Alltagspraktiken manifestiert hatten, zwischenzeitlich in eine mehr oder weniger aktive Oppositionshaltung zu verwandeln. In der Gesellschaft grassierende Frustrationen ob begrenzter wirtschaftlicher und politischer Entwicklungsperspektiven konnten somit anhand weniger konkreter Forderungen politisiert werden. Die politischen Reformer konnten innerhalb der Protestbewegung ihre Distanz zur Zivilgesellschaft überwinden und wieder mehr Anerkennung gewinnen. Darüber hinaus beeinflussten sie die allmählich entstehende Agenda der Grünen Bewegung, die mit ihrem Fokus auf grundlegende Bürgerrechte einerseits ein geschlossenes Vorgehen der Opposition ermöglichte, andererseits im Rahmen der bestehenden Verfassung blieb, um kompromissbereiten Akteure innerhalb der strategischen Gruppen Anschlussmöglichkeiten zu bieten. Die Reformpolitiker gaben damit der gesellschaftlichen Bewegung für politischen Wandel eine gewisse Orientierung, übernahmen aber nicht deren direkte Führung.

Angesichts des Repressionsdrucks von Seiten des Regimes erwies sich die flexible netzwerkartige Struktur der Bewegung anfänglich als erfolgreich. Auf die Entmündigung durch Wahlbetrug und erduldeten Gewalterfahrungen reagierte die Gesellschaft mit der Herausbildung gemeinschaftlicher Solidaritäten. Zivilgesell-

schaftliche Akteure entwickelten die bestehende politische Kultur mit der Betonung von Toleranz und Gewaltfreiheit weiter. Über das moralische Kapital, das die Grüne Bewegung aus dem Beharren auf Gewaltfreiheit und Grundrechte generierte, konnte sie die Legitimation des Regimes weiter untergraben und Risse innerhalb der strategischen Gruppen des Regimes offenlegen. Ohne organisatorische Verfestigung und konkrete Programmatik konnte die Bewegung jedoch ihre Konfliktfähigkeit und damit die Herausforderung an das Regime nicht aufrechterhalten und keine politische Gestaltungsmacht aufbringen. Die Begrenzung auf eine Anhängerschaft innerhalb der Bildungsschichten und deren politische Belange konnten nicht überwunden werden, etwa mit wirtschaftspolitischen Forderungen, die auch Arbeiter und ärmere Bevölkerungsschichten angesprochen und das Mobilisierungspotential der Bewegung erhöht hätten.

Abgesehen von den Entwicklungen in Politik und Zivilgesellschaft wurden auch Grundzüge der iranischen Medienlandschaft und deren Bedeutung im politischen Prozess aufgezeigt. Dabei wurde deutlich, dass die konfliktorientierten Akteure der Reformbewegung ihre Kommunikationsbedürfnisse nur begrenzt realisieren konnten. Die Massenmedien Fernsehen und Rundfunk standen unter strenger autoritärer Kontrolle, die keinen Zugang für Reformeure und Zivilgesellschaft gestattete. Das Staatsfernsehen vermittelte regimiekonforme Deutungen der politischen Entwicklungen. Die durchaus differenzierte und kritische Gegenöffentlichkeit, die sich vorübergehend in der Reformpresse bilden konnte, wurde durch die Machtelite wieder eingeschränkt. Im Laufe dieser Entwicklungen haben sich enge Verbindungen zwischen politischen Reformern und Journalisten verfestigt. Journalisten und Intellektuelle sind dementsprechend als führende Vertreter der Reform- und Demokratiebewegung einzuschätzen. Anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren blieb durch die Einschränkung des Pressemarkts der Zugang zur Öffentlichkeit ebenfalls verwehrt. Der Informationsbedarf des Publikums, das die liberalisierte Presse mit großem Interesse aufgenommen hatte, musste hingegen über andere Wege gedeckt werden. Hier konnte das Satellitenfernsehen nur teilweise Ersatz bieten. Zwar hat es die autoritäre Kontrolle über massenmedial vermittelte Informationen weiter untergraben und die Distanz zwischen der städtischen Mittelschicht und dem Regime vergrößert, doch fanden inneriranische Vertreter der Opposition und Zivilgesellschaft auch hier nur begrenzt Zugang. Gerade während der Demonstrationen und Proteste nach der Wahl 2009 konnten diese Sender nur unzureichend über die Ereignisse in Iran berichten. Insgesamt besteht somit unter zivilgesellschaftlichen und konfliktorientierten Akteuren ein vielschichtiger Bedarf an einem flexiblen und aktiv nutzbaren Kommunikationsmedium wie dem Internet.